



Univ.Prof. EoE Dr.Holger Magel

Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum
Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse
in ganz Bayern“

Mehr Gerechtigkeit für ländliche Räume!

Anmerkungen über die Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Festvortrag am 25.09.2018 in Klosterlangheim

I. Die Schulen der Dorf- und Landentwicklung (SDL) waren ihrer Zeit voraus - ihr Auftrag hat sich noch erweitert

Zunächst entbiete ich meinen herzlichen Glückwunsch an das Geburtstagskind SDF Klosterlangheim, das geistig mit anzustoßen ich das Glück hatte in einer Zeit, wo diese Idee in Deutschland und in Bayern noch absolut neu und deshalb vielfach unverstanden war und bis hinein in höchste Amtschefränge des Ministeriums bekämpft wurde. Es gibt diese SDF Klosterlangheim heute, weil es Männer wie Bruno Rahn, Edgar Sitzmann, Winfried Bogdahn und weil es bereits die den fränkischen Ehrgeiz anstachelnden altbayerisch-schwäbischen Vorbilder Thierhaupten und Plankstetten gab. Die fränkische Ehre war herausgefordert. Man wollte nicht ohne eigene Einrichtung dastehen. Diesem Umstand und Druck konnte schließlich der Minister, überdies selbst Franke, nicht widerstehen.

Für mich schließt sich heute ein Kreis: vor 25 Jahren war ich der Festredner bei der Eröffnung, und nun bin ich es erneut beim Silbernen Geburtstag der SDF. Dazwischen liegt eine spannende Zeit – mit viel Auf und Abs im Lande und im ländlichen Raum. Eines hat sich aber immer bestätigt: die SDL/SDF waren und sind nötig. Ihr Auftrag hat sich sogar erweitert: Zum Vermitteln und Training des Ein mal Eins bei Bürgerbeteiligung, Visionen , Leitbilderstellung, Teamarbeit, Lernen und Verstehen von Planungen, Zusammenhängen und Konflikt(lösung)en sind viele komplexe fachliche Themen hinzugekommen: ich nenne z.B. schnelle Internetkonzepte und flächendeckenden Mobilfunk, Innenentwicklung, Konversion, Ortskernrevitalisierung und damit engstens zusammenhängend Nahversorgung, Neues flächensparendes Bauen, intelligentes Flächen - und Leerstandsmanagement; dazu gehören auch dezentrale Energielösungen, Resilienzstrategien im Zeichen des Klimawandels, Digitalisierung (Stichwort Digitales Dorf), Mobilität und ÖPNV, Integration sowie die räumlich und fachlich überwältigenden viel Planungs-und Koordinierungskunst erfordernden ILEs und ISEKs etc .

Bei allem müssen sich die SDLs als Anwalt, Fürsprecher, Sprachrohr und als interdisziplinäres Forum für Fragen des ländlichen Raumes verstehen, das alle Kräfte und Stimmen sammelt und koordiniert. **Stets – und darauf hat Alois Glück beim Festakt unserer Akademie im Juni dieses Jahres hingewiesen - sollte dringend auf Neues geachtet werden.** Wie aber kommen Innovationen in die Politik und Praxis, so fragte er? Seine Antwort: Innovationen gehen von den Querdenkern und von Bürgern aus, die die Initiative ergreifen. Die SDF braucht solche Querdenker, Raumpioniere und aktiven Bürger.

Auch gilt es die Botschaft zu verkünden von einem ländlichen Raum, der nicht der kleine ärmliche und hilfsbedürftige Bruder der großen Stadt ist und der ihr seine Ressourcen beliebig zur Verfügung stellt, sondern der im Sinne von Yin und Yang (früher haben wir gesagt im Sinne von Mann und Frau) eine eigenständige und unverzichtbare Alternative und Ergänzung ist. Vor allem ein seelischer und sozio-kultureller Identifikations-und Resonanzkörper sowie ein überlebensnotwendiger Ressourcen-, Erholungs- und Lebensraum für alle Menschen.

Im Sinne dieser für mich gleich an den Anfang gestellten wichtigsten Aspekte möchte ich heute einige Anmerkungen und Anstöße geben.

Ich lade Sie ein, sich das anzuhören und sich Ihr eigenes Bild zu machen.

II. Räumliche Gerechtigkeit heißt: Es darf keine Region benachteiligt oder liegen gelassen werden

Zuerst einmal das Positive: es wird mehr denn je über das Land, über die Dörfer und die ländliche Heimat, also über unser berufliches Anliegen gesprochen und geschrieben. Und über das eher noch – und hier beziehe ich mich z.B. auf Forschungsergebnisse von Prof. Manfred Miosga - wachsende Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land einerseits als auch innerhalb der ländlichen Räume andererseits. Ich sehe das wachsende Interesse an diesem den Zusammenhalt der Gesellschaft berührenden und - nach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier - immer mehr gefährdenden Thema nahezu alltäglich oder allwöchentlich beim Durchgehen verschiedenster Medien. Ja, man kann sagen, das Gefühl der Spaltung, strukturellen Benachteiligung (siehe allein das Reizthema Internet und Mobilfunk) und des Zurückgelassenseins hat inzwischen eine gefährliche wahlentscheidende Wucht bekommen.

Bayern hat mit der Gründung des Heimatministeriums als erstes Bundesland reagiert, der Bund zog nach. Der kürzliche Start der institutionell und personell gewaltig dimensionierten - die FAZ vom 17.8.2018 spricht gar von aufgeblähten - **Bundes(regierungs)kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“** mit gleich 3 Bundesministern als Vor- und Co-Vorsitzende sowie weiteren Bundesministern als AK Leiter hat den Eindruck verstärkt, dass es nun ernst wird. Vielleicht beschäftigt sich die Bundeskommission gleich mal mit dem schiefen Wohngipfel vom letzten Freitag in Berlin. Dazu der Kommentar von Wirtschaftsredakteur Michael Bauchmiller in der SZ vom vergangenen Wochenende: „Der Kampf gegen die Wohnungsnot in den Städten beginnt auf dem Land. Beim Wohnungsgipfel spielte all das keine Rolle. Er sollte ja nur die Städte beruhigen. **Für die Ursachen blieb er blind!**“

Blind auf diesem Auge war unser bayerische Enquete-Kommission (EK) natürlich nicht, im Gegenteil! Verglichen mit der Bundeskommission war sie ja fast nur ein „Kommissiönchen“. Man darf gespannt sein, ob und wie unterschiedlich die Ergebnisse ausfallen, und ob die Bundes(regierungs)kommission sich auch ethisch - philosophischen Fragestellungen unterziehen wird, wie es in Bayern der Fall war. Darauf aufbauend hat nämlich unsere vom Landtag initiierte Kommission das Problem Nr.1 – fast hätte ich gesagt die Mutter aller Probleme - benannt: **das ist die fehlende Gerechtigkeit in Infrastrukturentwicklung und Einkommen zwischen Stadt und Land**, zwischen den Regionen wie z.B. zwischen Nord- und Südbayern oder selbst innerhalb der Regionen zwischen verschiedenen Städten,

Märkten und Gemeinden. Die Kommission gab ihren unabhängigen Experten den Spielraum, hierfür das Modell der Räumlichen Gerechtigkeit zu entwickeln und mit den Abgeordneten zu diskutieren. Das war die fachliche Pioniertat der Kommission, weil erstmalig in Deutschland! Die Kommission hat all ihre Diskussionen und Antworten zum vom Landtag zuvor verordneten Fragenkatalog unter das Konzept dieser gemeinsam akzeptierten Räumlichen Gerechtigkeit gestellt. Manfred Miosga hat ja schon mal hier an der SDF über dieses Modell mit seinen 4 Gerechtigkeitsdimensionen berichtet. Es erlaubt endlich nachvollzieh- und durchbuchstabierbar anhand vereinbarter Kriterien und Zielgrößen sowie allgemein akzeptierter Indikatoren die Überprüfung der räumlichen Lebenswirklichkeiten und die politisch durchaus sensible Folgerung, ob gleichwertige Lebensbedingungen gegeben sind oder nicht und wo es noch fehlt.

Was ist aber die wichtigste Botschaft des Modells, was die ethische Aussage?

Mein erstes Modell - noch unter der Überschrift „Individuelle Menschenwürde und Menschenrechte“ - habe ich unter dem Eindruck des grandiosen Vortrags von Prof. Julian Nida Rümelin bei den Münchner Tagen der Bodenordnung 2010 und nach Lektüre des ethisch begründeten Buches „Global, aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“ (O. Edenhofer et alii, 2010) entwickelt und im Strukturgutachten für die FW veröffentlicht (2011). Es wurde im Rahmen der EK-Arbeit von Miosga und mir zum Modell der Räumlichen Gerechtigkeit weiterentwickelt.

Was ist wichtig für uns alle, die dem ländlichen Raum verpflichtet sind oder für ihn arbeiten? Räumliche Gerechtigkeit darf keine Frage der finanziellen Leistungskraft oder einer momentanen politischen Präferenz sein. Nein. Alle Menschen sind gleich, sie dürfen folglich gleiche, wir sagen gleichwertige würdevolle Lebensumstände erwarten- natürlich jeweils passend zur konkreten Situation (Naturraum, Kultur, Tradition etc.) Deshalb haben wir einer Anregung von Martin Schneider folgend den Begriff *differenzsensibel* eingebaut.

Es war wirklich spannend, die einschlägige Weltliteratur und Theorien von John Rawls, Amartya Sen, Michael Sandel, Ronald Dworkin, Edward Soja, Thomas Piketty oder die phänomenale Dissertation „Raum - Mensch-Gerechtigkeit“ von Martin Schneider durchzuarbeiten. Die Gerechtigkeitsdebatte und die Übertragung auf die räumliche Gerechtigkeit hat uns alle, die 13 Abgeordneten und 8 Experten, standfest gemacht im Bewusstsein, dass es bewusst keine zurückgebliebenen oder benachteiligten Regionen und keine Politik allein nach dem Motto „Stärkung der Starken“ geben darf. Unvergessen für alle bleiben

Diskussionen wie, ob und wie weit es Unterschiede geben darf zwischen den Regionen, z.B. zwischen dem Münchner Raum und NO-Oberfranken. Die Antwort gemäß der Gerechtigkeitstheorie ist klar: es darf natürlich Unterschiede geben, besondere Leistung darf auch belohnt werden. Aber wenn die Unterschiede zu groß werden, auch weil die Standortbedingungen einfach unterschiedlich sind und im einen Fall sehr nachteilig sind, dann darf das nicht hingenommen werden. Es muss interveniert, geholfen und möglichst ausgeglichen werden.

Mich wundert, dass wir die ersten waren, die solche philosophischen und ethischen Aspekte im Falle Raumordnung in einer politischen Runde diskutiert haben und dass die Landesplanung das bis heute nicht für nötig hielt, von der Wirtschaft und ihren Institutionen gar nicht zu reden. Im Gegenteil, mir scheint, und da hat mich letzten Samstag ein Gespräch mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm bestärkt, dass in diesen Kreisen vielfach immer noch die Anbindestrategie präferiert wird: Die Menschen sollen gefälligst zu den Arbeitsplätzen in die großen Zentren kommen!

Hoffentlich beschäftigt sich auch die Bundeskommission im Hinblick auf bundesweit gesehen ganz andere Risse und Ungleichheiten zwischen West und Ostregionen mit den Normen der Gerechtigkeit und der monetär und in Rendite nicht ausdrückbaren Menschenwürde! Bundesminister Gerd Müller habe ich kürzlich das Modell zugemailt als Anregung für seine wertorientierte Entwicklungszusammenarbeit-Politik: auch da geht es um Menschenwürde, Menschenrechte und die daraus folgenden Gerechtigkeiten! Reines vom aktuellen Geldbeutel, alleiniger ökonomischer Denkweise oder politischer Gesinnung abhängiges **Fördern oder Nichtfördern kann nirgendwo die Lösung sein.**

Was bedeutet das nun für unser heutiges Thema, was für die ländliche Entwicklung und die ALEs und SDL?

Es ist mit unserem Gerechtigkeitsverständnis nicht vereinbar, dass man den ungebremsen Zuzug in die Städte auf Kosten des flachen Landes achselzuckend hinnimmt und sich damit beruhigt, dass das ein globaler unumkehrbarer Trend sei und die UN ja auch sage, dass in 30 Jahren dreiviertel aller Menschen in den Städten, schlimmstenfalls sogar in den Groß- oder gar Megastädten leben - weil dort bessere Arbeitslöhne und höherer Lebensstandard winken. Letzteres bezweifle ich inzwischen als Münchenbewohner immer mehr, in Afrika oder Südostasien mag es aus verschiedensten Gründen in townships oder urban slums infrastrukturell

manchmal besser sein als im peripheren Dorf im Busch. **Aber trotzdem steigt die Zahl der urban poor ständig an - trotz MDG /SDG und Milliardeninvestitionen? Wir spüren längst die Auswirkungen in Europa. Das muss Gründe haben und wäre jetzt ein eigenes Thema.**

In Deutschland und in Bayern sind es jedenfalls vornehmlich die Arbeitsplätze, sprich höheren Verdienste und wohl weniger der urban style in Schwarmstädten. Damit hat erst kürzlich Christian Breu, der Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbands, den anhaltend hohen München Zuzug erläutert.

„Das stetige Wachsen der Städte und Schrumpfen der ländlichen Regionen ist kein Naturgesetz“, sagt Zukunftsforscher Daniel Dettling in der DIE ZEIT. Damit trifft er meine Meinung, auch im politischen Bayern denkt man so und akzeptiert Gott sei Dank nicht den Fatalismus mancher Bundesländer und die Kaltschnäuzigkeit einschlägiger Forschungsinstitute, periphere Regionen - trotz Verfassungsgebot zur Gleichwertigkeit - sich selbst zu überlassen oder ihren Bewohnern den Rat zu geben, in die Städte abzusiedeln, weil es ökonomisch keinen Sinn gebe, hier noch weiter zu investieren. Außerdem sei demographisch längst der point of no return erreicht.

III. Nach dem Nordbayern Plan nun der große München - Plan?

Nicht in Bayern habe ich gesagt. Dazu passt auch die Aussage von Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer vom 18./19. August in der Münchner AZ:

„Bayern ist mehr als München“!

Das hören Sie hier im Norden Bayerns sicher gerne –vielleicht auch nur mit grimmiger Genugtuung und dennoch verbleibender Skepsis. Denn wie passt dieses Bekenntnis zusammen mit den milliardenschweren Versprechungen, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder soeben im sogenannten München-Plan den über 4 Millionen Ballungsraumbewohnern gemacht hat? Konterkariert er damit nicht seine und seines Vorgängers Aussage, dass München endlich entschleunigt gehöre, dass Arbeitsplätze von München aufs Land verlagert werden müssten! Ist der München-Plan letztlich nicht erst wieder die Bestätigung dafür, dass alles so weiter gehen, dass München weiter wachsen darf: Hieß es in der Regierungserklärung noch einschränkend „sensibel wachsen“ ,so ist das auch schon wieder out! Die neueste Wortschöpfung der spindocs in der Staatskanzlei heißt: „Es geht nicht um Verwaltung des Münchner Wachstums, sondern um

Gestaltung von Lebensqualität“. Ja, was heißt denn das nun? Wie soll man sich das vorstellen: Lebensqualität gestalten trotz oder wegen oder ohne Wachstum? Und für wen? Für die jetzt schon schwerst geplagten Einwohner und Pendler Münchens oder für weitere hunderttausend Zuzügler ,die gelockt von den DAX-Konzernen oder IT Firmen nach München und ins Umland strömen und dann klagen, dass alles so teuer sei und preiswerte Wohnungen fehlen?

Die mantrahafte Antwort von Politiker-und Investorensseite darauf:

Man müsse Wohnungen, Wohnungen, Wohnungen bauen und dies intelligenter, sparsamer, höher, dichter notfalls zu Lasten von Grün- und Freiräumen, ja selbst von störenden Grüngürteln, die als Frischluftschneisen dringend notwendig wären. Fast verzweifelt meldet sich der Gemeindegewalt zu Wort und weist darauf hin, dass es (Miet)Wohnungsbau auch auf dem Lande braucht und dort vielleicht sinnvoller wäre als im Ballungsraum.

Da ist mir die Haltung des Fürther Oberbürgermeisters Dr. Thomas Jung sehr sympathisch, der offen dem mainstream trotzt und mutig sagt: „Es wird nie genug Wohnraum für alle geben. Deshalb müssen wir auf genügend öffentliche Frei- und Grünräume achten, damit Fürth eine lebenswerte grüne Großstadt bleibt“ - eigentlich ein Anliegen der Agenda 21 und nachfolgenden Nachhaltigkeitsgemeindegewalt, die ich wissenschaftlich begleitet habe. Ich wundere mich, dass in Bayern die Agenda 21-Aufbruchstimmung so brutal schnell verschwunden ist. Ich höre und lese nichts mehr darüber...

Ist sie noch Thema an den SDL?

Wird in Leitbildworkshops genügend darüber diskutiert, welche Landschaften und Landnutzung wir in 30 Jahren und folgende haben wollen? **Alles Themen der drei Schulen der Dorf-und Landentwicklung** - dafür haben wir sie gegründet.

Warum gehe ich so dezidiert auf die großstädtischen, insbesondere den südbayerischen Ballungsraum und dessen Problem Nr.1 ein? Weil es Bayern insgesamt berührt, die Städte Nordbayerns ebenso wie alle ländlichen Räume: längst negativ auch in Oberbayern (selbst der 50 km entfernte Bürgermeister Josef Steigenberger von Bernried stöhnt über den Druck aus München) und negativ in Nord- und im Grenzlandbayern , in Thüringen und Sachsen „selbst im nordbayerischen Städtedreieck, das doch zum entlastenden und Bayern insgesamt stärkenden Gegengewicht ausgebaut werden sollte. Da sind renovierte Kaiserburg, neue Hochschulen und verlagerte Heimat-und Gesundheitsministerien noch viel zu wenig!!

Aber wer soll sich schon außer manchen hellsichtigen oder kritisch hinterfragenden Journalisten über Alternativen Gedanken machen, solange der Münchner Planungsverband unverdrossen und fast schon penetrant hinausposaunt, dass im wichtigsten Wirtschaftsraum Bayerns noch locker Platz sei für weitere 300 000 bis 400 000 Zuzügler aus Nordbayern, dem Bayerischen Wald und angrenzenden Bundesländern. Dass wir den verzweifelt um ihre Jugend und ums Überleben kämpfenden neuen Bundesländern damit extrem schaden ruft südlich der Donau allenfalls Schulterzucken aus. Da hält sich die Solidarität mit dem Norden Bayerns schon arg in Grenzen. Leider trägt auch das statistische Landesamt, gut gemeint, aber verheerend in der Wirkung, mit seinen m.E. überflüssigen, weil recht unsinnig interpretierten Extrapolationen zum ewig nachgebeteten Mantra des Münchner Wachstums von 300 000 Menschen in den nächsten Jahrzehnten bei. Tja, und was ist danach? Weiterwachsen, bis es den Raum zerreißt?! Ach wir haben doch noch so viel freie Landschaft beruhigt die IHK-da kann man doch noch weitermachen in der von uns verantworteten Lebensspanne.

Wer hält diesen Irrsinn auf? Vielleicht unabhängige und mutige Fachbeamte, die das ganze besser überblicken (so schnell kann man sie wegen politischer Unbotmäßigkeit nicht entlassen) und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie Einrichtungen wie die SDL: sie müssen wohl abgewogene Diskussionen und Entscheidungen fordern und fördern. Sie tun es für die nachhaltige Zukunft Bayerns und unserer Kinder und Enkel.

Die Anwendung der Gerechtigkeitsindikatoren hilft dabei den Blick über das ökonomische hinaus zu lenken, denn jeder weiß es: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ (Matthäus 4.4).

Ganz allein sind Kritiker des „unstoppable“ (E.U. von Weizsäcker) Zuzugs in die Ballungsräume wie ich doch nicht. Der eher regierungsnaher Münchner Merkur z.B. hält eine Diskussion einer Wachstumsbremse im Münchner Raum, wie ich sie im Frühjahr öffentlich gefordert habe und wie sie nun vom Erdinger Stadtrat beschlossen wurde, durchaus für notwendig angesichts der beiden Zahlen, die nicht alles, aber viel erklären: Das Bevölkerungswachstum im letzten Jahrzehnt lag nach MM bayernweit bei 3.5 %, in Oberbayern waren es 13.5 %! Und nun noch der Lebensqualitätssteigernde München Plan, nachdem der Nordbayern Plan endlich das Ungleichgewicht zwischen Süd und Nord lindern sollte?!

MM Redakteur Dr. Walter fordert angesichts des Ungleichgewichts, an dem der beste Heimatbericht aus dem Heimatministerium nichts beschönigen kann, für mehr Impulse außerhalb Münchens zu sorgen.

Mehr Impulse außerhalb Münchens – ja, aber wie?

Ja, mehr Impulse außerhalb Münchens!

Dazu braucht es endlich wieder eine wirkungsstarke Landesentwicklung und kein Laissez fair, wie das bei der weiteren Lockerung des Anbindegebots nach unendlichen Streitereien neuerlich durchgesetzt wurde. Das Problem ist halt, dass Landesentwicklungsminister Albert Füracker selbst nicht recht an die Landesentwicklung glaubt. Bei der 30-Jahrfeier der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum hat er fast trotzig angemerkt, Bayern hätte sich trotz LEP anders als erwartet weiterentwickelt. Er räumt damit die Schwächen des bisherigen LEP ein, will aber nicht einsehen, welche verheerenden Folgen das hatte: hohe Flächeninanspruchnahme, Landschaftszerstörungen, Zwang und Anreize für die Kommunen zum ruinösen Wettbewerb, Ungleichgewichte bei der Verteilung der Arbeitsplätze und Zwang zum langen Pendeln etc. Und wir sehen ja gerade im Wahlkampf, wie dieses Thema für manche Partei gewinnbringend besetzt wird. Die vielen wuchtigen und für den ländlichen Raum so wichtigen Milliardenaufläge der letzten Ministerratsbeschlüsse können offensichtlich daran nichts ändern...

Viele Menschen verbinden mit Heimat nicht nur Arbeiten und Wohnen, sondern überragend unversehrte Landschaft und Natur - und da ist in den letzten Jahren zu viel schiefgelaufen.

IV. Was also muss getan werden? Was ist unser Beitrag?

Aus meiner Sicht sind es **drei fundamentale Schritte**:

1. Wandel im Denken und aktive Werbung für und durch den ländlichen Raum

Hier sind alle angesprochen: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die SDL sind hier an erster Stelle gefordert.

Wandel im Denken heißt, sich den Aussagen zu verweigern, dass die Landflucht und die Urbanisierung unstopppable seien. Wandel im Denken, dass die Stadt immer vorne dran und der Ort der Zukunft sein wird und dass das Landleben eigentlich nur noch für Landwirte, Landinvestoren, alte Leute und Aussteiger interessant bzw. the last option ist, weshalb große Investitionen des Staates nicht mehr gerechtfertigt sind. Wenns gut geht z.B. dank Ländlicher Entwicklung, ist es ja in Ordnung, aber wenn auch die und das Land zu schwach sind, weil weil weil

weil, tja ,dann muss man halt akzeptieren ,dass diese Region mehr oder weniger zurückfällt, bis sich das Problem von alleine löst. Der letzte macht das Licht aus! Der Wolf kann kommen....

Wovon redet der denn, denken Sie sich jetzt. Wir sind doch im Paradies auf Erden, in Bayern oder nicht?!

Eine kleine Kostprobe aus dem Zentrum Bayerns gefällig? SZ-Redakteur Christian Krügel meint in seinem Kommentar „München. Mut zur Metropole“ wörtlich (SZ vom 05.07.2017): *„Mit Verweis auf den Auftrag des Grundgesetzes, im Lande gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, werden mit großem Aufwand ländlicher Raum und strukturschwache Gebiete gefördert anstatt die Metropolen zu stärken. Es ist ja schön, wenn ein unterfränkisches Dorf einen Breitbandanschluss bekommt und thüringische Landbahnhöfe erhalten werden, um Landflucht zu verhindern. Doch jeder Euro ist in den Ausbau der Münchner S-Bahn oder der Berliner Infrastruktur deutlich besser investiert: Hier stecken die große Wirtschaftskraft und tausende Arbeitsplätze.“*

So wie bei Krügel wird es künftig noch öfters lauten, wenn die Verstädterung zunimmt und die wirtschaftliche, politische und journalistische Power in den Städten sitzt. Krügel ist ja nicht allein, und er weiß das. Es gibt längst Ökonomen und wirtschaftsnahe Institutionen, die wie er argumentieren und der These von „Stärkung der Starken“ oder „Stärkung der Zentren“ das Wort reden. Ich erinnere an die Thesen des Zukunftsrats oder an die erwähnte Anbindestrategie des IW, die m.E. immer noch das Denken der vbw formt! Von Barbara Stamms diesbezüglichen Enttäuschungen habe ich schon gesprochen.

Wir müssen daran glauben, dass, wie der aus einem Dorf kommende Bundespräsident Frank Walter Steinmeier diesen Sommer propagiert hat, **„Land in Sicht“** ist - wenn wir alle, Politik , Wirtschaft und Gesellschaft, alles dafür tun, das Leben auf dem Lande gleichwertig zum Leben und Arbeiten in der Stadt zu machen und es so zu vermitteln. Es gibt so viele gute Gründe dafür, Gründe, die ich mit Alois Glück vor fast 30 Jahren im Buch „Das Land hat Zukunft“ beschrieben habe. Damals aber hat es Internet und die Digitalisierung noch nicht gegeben. Sie machen es jetzt ja viel leichter entfernungsunabhängiger zu arbeiten und zu produzieren. Viele große Unternehmensberater predigen das , wie z.B. Bain & Company.

Leider haben Globalisierung, wirtschaftlicher Strukturwandel, verfehlte Privatisierungen bei Post, Bahn ,Banken etc., Rückgang der Nahversorgung, Klima- und Demographischer Wandel ,veränderte Bildungskarrieren (zu hohe Abiturquoten), Fehlentscheidungen bei Breitbandpolitik und Mobilfunk ,schmähliche Vernachlässigung bzw. falsche gesetzliche Regelungen des ÖPNV etc. dazu

beigetragen, dass das Land nach den Aufbruchjahren in den 80er und 90ern wieder ins Hintertreffen geraten ist. Auch die Gebietsreformen haben nachweislich weder wirtschaftliche noch kostentechnische Vorteile gebracht - so das Ifo Institut Dresden beim kürzlichen „Ideenkongress zu Kultur, Alltag und Politik auf dem Land“ in Halle – sondern einen enormen Demokratieverdruss, der dann dazu führt, dass den Menschen der Populismus attraktiver erscheint als die Demokratie, an der sie durch den von Gerhard Henkel ebenfalls massiv beklagten Verlust von insgesamt 300 Tausend ehrenamtlichen Mandaten nicht mehr konkret teilhaben können (Till Briegler in SZ Nr.220,S.10 vom 24.9.2018). Unsere SDL wissen um diese Problematik!

Wir haben also viel selbst verschuldet und baden eigene oder Fehler unserer Vorgänger aus - jetzt müssen wir auch wieder etwas dagegen tun. „Das Beste für Bayern“ eben, damit es wirklich das Paradies auf Erden wird!

Das Gebot heißt schlicht und einfach: für räumliche Gerechtigkeit sorgen in den vier Bereichen **Chancen-, Verteilungs-, Verfahrens- und Generationengerechtigkeit.**

Was wir kommunizieren müssen ist: der Ländliche Raum hat Anspruch auf diese Gerechtigkeit. Es sind keine Almosen oder huldvollen Geschenke, die er da bekommen soll. Das muss sich in allen Köpfen festsetzen-auch in den Köpfen der Wirtschaftsbosse, die viel mehr tun müssen für eine neue unternehmerische Land - Offensive! Der Verweis auf schlechtere ländliche Infrastruktur darf nicht die Entschuldigung dafür sein, nicht hinauszugehen. Nein, er muss der Anlass sein mitzukämpfen für eine bessere ländliche Infrastruktur! Das verstehe ich unter CSR und Gemeinwohlorientierung von Unternehmen.

Und Sie und wir? Ohne den realistischen Blick auf die Situation auf dem Lande zu verlieren, stecken Sie bitte die Menschen an mit Ihrem Tagungsspruch **„Lust auf Dorf und Land“!**

Viel kann der ländliche Raum auch selbst tun durch Werbung für den Standort Land anstatt zu klagen .Die Image Aktion von Wunsiedel mit Aufstellen eines transparenten geräumigen Glaswürfels in der Münchner Fußgängerzone, damit den Vorteil ländlichen billigeren Wohnens zeigend (Botschaft: Leben wie ein König statt wie ein Käfighuhn) war genial, die Plakataktion von Mühldorf „Wohnen in Mühldorf und Arbeiten in München“ war gut gemeint, aber eher kontraproduktiv für das, was ich will, nämlich Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum!

Großartige Eigeninitiative zeigen natürlich auch all jene ländlichen Gemeinden, die systematisch potentielle Rückkehrer ermitteln und ansprechen.

Was ich sagen will: Es genügt also nicht, sich allein auf den Staat zu verlassen.

Vielleicht kann man überzeugende Werbeaktionen auch an der SDF erarbeiten.

2. **Konsequente Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum initiiert und gesteuert durch eine starke Landesplanung und Landesentwicklung mit Aussagen, Programmen und Maßnahmen zur Verbesserung der gesamten ländlichen Infrastrukturen unter Beteiligung aller Ministerien.**

Das sind natürlich auch alle Instrumente der Wirtschaftsförderung, des Städtebaus und der Ländlichen Entwicklung. Insofern ist die Heimatstrategie des Heimatministeriums natürlich nur ein Ausschnitt des gesamten Pakets, das ich meine.

Die überzeugendste Werbeaktion vor allem in und für ballungsraumferne Landgemeinden ist die Schaffung und Bereitstellung von anspruchsvollen und sicheren Arbeitsplätzen im Nahbereich – das geht wiederum alle an. Arbeitsplätze müssen im digitalen Zeitalter und bei verbilligter Mobilität nicht mehr in der Großstadt sein.

Die sog. Führungsvorteile sind nicht mehr entscheidend. Und trotzdem geschieht immer noch zu wenig. Die Schaffung von 15.000 neuen BMW Arbeitsplätzen in München statt im ländlichen Raum ist ein herber Rückschlag für all unsere Bemühungen. Wir können nicht allein auf KMU setzen, die ja ohnehin schon weitgehend im ländlichen Raum sind, wir brauchen wuchtige Aufschläge seitens der großen Unternehmen. Hier kommt der Politik, insbesondere dem Heimatminister eine wichtige Rolle zu, die Unternehmensführer zu überzeugen und zu bewegen aufs Land zu gehen, und da meine ich zuvorderst die ländlichen Mittel- und Kleinstädte, akkordiert von Verbesserungen der harten und weichen Standortfaktoren und Lebensbedingungen im Infrastrukturbereich. Was das alles bedeutet, können Sie im Bericht der EK nachlesen.

Natürlich brauchen und verbrauchen solche Unternehmen auch Platz und Fläche - das haben wir zu akzeptieren. **Aber notwendig sind auch hier transparente und abgewogene Standort- und bauliche Dimensionsentscheidungen mit viel mehr Rücksicht auf Natur und Landschaft.** Es darf keine Freibriefe und kommunalpolitischen Kniefälle geben. Und es muss immer eine intelligente partizipative Diskussion und Planung mit den Bürgern erfolgen, die mehr ist als nur bloßer Protest oder uneingeschränktes Ja zu neuen Arbeitsplätzen, deren Qualität und Beständigkeit natürlich auch hinterfragt werden müssen. Gerade hier sind die SDL fachlich stark gefordert!

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat sich erstmals in seiner Regierungserklärung vom April unsere Forderung zu eigen gemacht und neben der Verlagerung von Behörden und Hochschulabteilungen auch die Verlagerung von Unternehmen angekündigt. Fordern kann er es nicht - wir sind nicht in China - er kann es nur massiv bewerben und fördern und den Unternehmen ihre Gesamtverantwortung für ganz Bayern nahelegen.

Wir dürfen also nicht aufhören, die Schaffung von wertvollen umweltverträglichen Arbeitsplätzen in großem Maßstab zu fordern.

Daneben geht es um kleine und kleinere Betriebe und Handwerker, wie sie nun auch in der Ländlichen Entwicklung gefördert werden können, vor allem auch räumlich abgestimmt im Rahmen von ILEs.

3. Wiederentdeckung und Belebung der Aktiven Bürgergesellschaft unter dem Dach einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft, Kommunen und Gesellschaft, so wie sie vor Jahren von Alois Glück entwickelt und von Bundespräsident Roman Herzog nachdrücklich unterstützt wurden

Es ist schon deutlich geworden und dafür stehen die SDL und alle ländlichen Entwicklungsexperten: Wir können im Sinne der Subsidiarität nicht alles vom Staat verlangen, schon gar nicht mehr in der heutigen Zeit des gewandelten Staatsverständnisses. Wir brauchen mündige, engagierte und kompetente Bürger, die zusammen mit ihrer Gemeinde eine Aktive Bürgergesellschaft bilden und verantwortlich von unten nach oben Entwicklung betreiben - natürlich unter Beachtung übergeordneter und übergemeindlicher räumlicher Planungen und Steuerungen. Verantwortungsgemeinschaften statt Beamtengemeinschaften hieß es dazu in Halle. Ob wir in unserem doch eher konservativen Bayern gleich so weit gehen sollten wie die Kongressteilnehmer weiß ich nicht: „Mehr konstruktive Anarchie“ hieß in Halle die bejubelte Parole.

Mir genügt schon, wenn es uns gelingt den Menschen glaubhaft zu vermitteln, dass **es gerecht zugeht**. Im Gespräch mit Harald Lesch weist Prof. Markus Voigt (im Buch „Die Menschheit schafft sich ab“) darauf hin, dass **erst dann** jeder an seinem Platz versucht, seine Potenziale in der Neuen Verantwortungsgemeinschaft zu entfalten.

V. Schulen der Dorferneuerung und Land/Flurentwicklung können entscheidend zur Räumlichen Gerechtigkeit beitragen

Hätte Nobelpreisträger Amartya Sen unsere Schulen der Dorferneuerung gekannt, hätte er sie vielleicht in seinem Buch „Die Idee der Gerechtigkeit“ als gutes Beispiel dafür genannt, wie Institutionen höchst erfolgreich empowerment oder enabling vermitteln können, damit die Bürger in der Lage sind zu Selbsthilfe, Selbstorganisation und Selbstverantwortung im Rahmen der vorerwähnten neuen Verantwortungsgemeinschaften. Erst dadurch eröffnen sich Chancen- und Verfahrensgerechtigkeit. Die Landentwickler und Gründer der SDL in den frühen 90 er Jahren haben das wohl gespürt, aber noch nicht so dezidiert ausgedrückt! Auch sollten die SDL den gebürtigen Franken Peter Spiegel, Autor des Kultbuches „WeQ. More than IQ. Abschied von der Ich-Kultur“, darauf aufmerksam machen, dass sie wie z.B. die ganze Verwaltung für Ländliche Entwicklung längst im Sinne von WeQ handeln. Beispielhaft und multiplikatorisch praktizieren Sie, liebe Gastgeber, hier an der SDF mit ihren Stammreferenten und tausenden Teilnehmern aus Kommunalpolitik, Verwaltungen, Wirtschaft, Planern und Verbänden seit 25 Jahren exakt das, was gebraucht wird und was die Erfolgsfaktoren sind für die gemeinsame Bewältigung der heutigen und künftigen Herausforderungen:

WeQ (statt IQ oder EQ) ist Team und Prozess

WeQ ist Austausch auf Augenhöhe

WeQ ist Lernen in Gemeinschaft

WeQ ist Beteiligung und Integration

WeQ entfaltet jedermanns Potenziale

WeQ vernetzt unser Wissen

WeQ steht für ein offenes Ergebnis (Anmerkung: und auch für Kritik, die ein lernfähiges demokratisches System braucht)

WeQ denkt die Welt im Sinne aller....

...denkt die Welt, denkt die Räume,

denkt Stadt und Land im Sinne, im Interesse und zum Nutzen aller, damit es allen gleich- wertig gut geht!

Das ist dann ein gewaltiger Beitrag der SDF und ein großer Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit für ländliche Räume!

Denken Sie an Wolfgang Schäuble, der in einem großen „Welt am Sonntag“ Interview (a.a.O. vom 23. September) gesagt hat: “Die Zukunft ist offen. Sie muss jeden Tag neu gestaltet werden“.

Liebe Freunde und Mitarbeiter der SDF Klosterlangheim, Sie sind seit Jahren nichts anderes gewöhnt. Bitte gestalten Sie die Zukunft der ländlichen Räume und der SDF weiter so tatkräftig wie bisher.

Alles Gute für die nächsten 25 Jahre!